

Winter 2010/2011

LINKS-rheinische

Zeitung der Fraktion DIE LINKE. im Rat der Stadt Bonn

www.linksfraktion-bonn.de

DIE LINKE.



Liebe Bonnerinnen und Bonner,

in Ihren Händen halten Sie die erste Ausgabe der LINKS-rheinischen. Mit dieser Zeitung will die Linksfraktion im Bonner Stadtrat zukünftig regelmäßig über ihre Positionen und Vorschläge zur weiteren Entwicklung Bonns informieren. Als neue Kraft in der Kommunalpolitik hat sich DIE LINKE. im vergangenen Jahr mit zahlreichen Initiativen für ein solidarisches Bonn stark gemacht. Stichpunkte unserer Arbeit waren etwa auch das WCCB-Debakel oder die Ausweitung direkter Beteiligungsmöglichkeiten der Bürgerinnen und Bürger. Sie sind herzlich eingeladen, sich ein Bild über die Arbeit der Linksfraktion in der Bonner Kommunalpolitik zu machen. Natürlich kann diese Zeitung Ihnen dabei nur einen Ausschnitt bieten. Ausführlichere Information bietet etwa unsere Home-

**Neue Zeitung
der Linksfraktion
Bonn!**

page www.linksfraktion-bonn.de oder natürlich ein persönliches Gespräch. Hierfür stehen wir Ihnen gerne zur Verfügung. Die LINKS-rheinische, die zweimal jährlich erscheinen soll, können Sie für die Zukunft auch kostenlos abonnieren. Natürlich richtet sich diese Einladung auch an alle Beueler, die gewiss den Namen dieser Zeitung richtig einzuordnen wissen. LINKS und rheinisch – das ist für uns mehr als ein Wortspiel. Weltoffenheit, Toleranz und soziale Verantwortung: so kann man LINKS übersetzen und dafür steht das Rheinland. In dem Sinne wünsche ich Ihnen viel Spaß bei der Durchsicht.

Herzliche Grüße,

Ihr *Michael Faber*

(Vorsitzender der Linksfraktion im Bonner Stadtrat)



Inhaltsverzeichnis

- ▶ Ein Jahr Linksfraktion im Bonner Rat - Interview mit der Ratsfraktion 2
- ▶ Nur der falsche Investor? - über die Ursachen des WCCB-Debakels 4
- ▶ Rettet den Bonn-Ausweis - DIE LINKE. aktiv im Sozialausschuss 5
- ▶ Bürger_innen wollen mitgestalten und nicht nur „beteiligt“ werden 6
- ▶ Kulturlos: Schwarz-grüne Kürzungspolitik 7
- ▶ Linksfraktion aktiv... 8

Links wirkt !

► Für den Frieden!

Auf Antrag der LINKEN. ist Bonn dem kommunalen Friedensbündnis "mayors for peace" beigetreten.

►Gegen Überwachung!

Datenschützer warnen: Google-Street-View bedroht die Privatsphäre. Die Linksfraktion trug das Thema in den Rat. Die Stadt nimmt jetzt Widersprüche an und erschwert zukünftige Aufnahmen.

► Für die Rechte von Flüchtlingen!

Auf Antrag der Linksfraktion wird bald im Rahmen eines Fachgesprächs beraten, wie man kommunale Spielräume zum Schutz von Flüchtlingen vor Abschiebung besser ausschöpfen kann.

► Für Mittelständler_innen!

Auf Antrag der LINKEN. soll die Verwaltung ein Konzept für ein Gründerzentrum für produzierende Gewerbetreibende zu entwickeln. Bislang fördert die Stadt Existenzgründer nur bei wissensbasiertem, also meist akademischem Hintergrund.

► Für integrative Schulen!

Unter Mitarbeit der LINKEN. gibt es bald einen Inklusionsplan, um behinderte Schüler_innen besser in städtischen Schulen aufnehmen zu können.

► Für Klima, Gesundheit und Tierschutz!

DIE LINKE. hat durchgesetzt, dass fleischlose Mahlzeiten aus regionalem und ökologischem Anbau regelmäßig zum Angebot in städtischen Einrichtungen gehören sollen.

►Für mehr Transparenz!

Auf Antrag der Linksfraktion veröffentlicht die Kämmerei nun regelmäßig wie Bonner Steuergelder angelegt werden. Auch werden die Managergehälter der kommunalen Unternehmen in Bonn offen gelegt.

Ein Jahr Linksfraktion im Bonner Rat

Interview mit den LINKEN Stadtverordneten Michael Faber, Hannelore Tölke und Jürgen Repschläger.

Links-rheinische (LR): 1 Jahr gibt es nun eine Linksfraktion im Bonner Stadtrat. Wie war das erste Jahr als Neulinge im Rat?

Hannelore Tölke: Die Arbeit im Rat ist spannend und vielfältig – genauso wie Bonn auch als Stadt ist. Aber bei Ratssitzungen, die länger als 6 Stunden dauern, kann einem der Spaß auch schon einmal vergehen.

LR: Wie ist denn der Umgang und die Stimmung im Rat? Wie hat man DIE LINKE aufgenommen?

Jürgen Repschläger (Repi): Besonders erfreut waren die etablierten Parteien wohl nicht, dass mit der LINKEN eine neue Oppositionsfraktion in den Rat einzog. Manche finden wohl, wir stören den Betrieb ein bisschen. Aber als Oppositionsfraktion wollen wir durchaus unbequem sein!

Michael Faber: Unbequem aber konstruktiv! Uns geht es nicht um Streit als Selbstzweck. Aber als LINKE bringen wir bei einigen Punkten eine grundsätzlich andere Sicht in die Debatten ein. Und das kann dem häufig verschlafenen Rat nur gut tun.

LR: Wo lagen denn die Schwerpunkte der Linksfraktion im ersten Ratsjahr?

Hannelore: Gleich in der ersten Ratssitzung konnten wir durchsetzen, dass sich Bonn in der kommunalen Friedensinitiative „Mayors for peace“ beteiligt. Ich bin selbst seit vielen Jahren in der Friedensbewegung engagiert und deshalb war der Punkt für mich sehr wichtig. Auch sonst ist Friedenspolitik und Kommunalpolitik kein Widerspruch: Wir haben z.B. auch beantragt, dass die Stadt Bonn keine Patenschaft für ein Kriegsschiff der Bundesmarine übernimmt.

Repi: Ansonsten ist die kommunale Arbeit von der Haushaltsnotlage bestimmt. Die schwarz-grüne Ratsmehrheit setzt hier auf einen drastischen Sparkurs. Vor allem soll bei Sozialem und Kultur gespart werden. Das können wir nicht akzeptieren. Daher haben wir uns gegen die Kahlschlagspolitik der Ratsmehrheit stark gemacht.

LR: Aber auch DIE LINKE kann doch nicht leugnen das Bonn ein Haushaltsproblem hat?

Michael: Klar, die Kassen sind leer – nicht nur in Bonn sondern in fast allen Kommunen. Die Frage ist, wieso das so ist. Und da sind die sozialen und kulturellen Initiativen, die nun bluten sollen, am allerwenigsten dran schuld.

Hannelore: Stimmt. Die Regierungen in Bund und Land haben doch in der Ver-





gangenheit mit ihren Steuergeschenken an Spitzenverdiener und Großkonzerne die öffentlich Kassen systematisch geplündert. Das sah man jüngst wieder am Steuergeschenk der FDP für die Hoteliers. Dafür kann man doch jetzt nicht die Bonnerinnen und Bonner in Haftung nehmen?

LR: Aber wenn Bonn nicht spart, dann droht doch der Nothaushalt und letztlich die Fremdbestimmung durch den Regierungspräsidenten?

Michael: Beim Regierungspräsidenten arbeiten 11 Personen für die Kommunalaufsicht. Die sollen dann von Köln aus über Bonn bestimmen? Und gleichzeitig über alle anderen Kommunen in der Region, denen es finanziell ähnlich schlecht geht wie Bonn? Das zeigt doch schon, dass hier mit einer Drohkulisse gearbeitet wird, die so nicht stimmt. Aber selbst wenn: Was hat es noch mit Selbstverwaltung zu tun, wenn wir die Strukturen in Bonn zerstören, damit es anschließend nicht der Regierungspräsident macht? Für mich ist das „Selbstmord aus Angst vor dem Tod“. Da macht die Linksfraktion nicht mit.

Repi: Aber wir haben uns trotzdem mit eigenen Vorschlägen in die Haushaltsberatungen eingebracht. Dabei haben wir natürlich auch gesagt, wo wir mehr ausgeben wollen - etwa für Schulsanierungen, sozialen Wohnungsbau und kulturelle Initiativen. Wir haben aber auch Sparmöglichkeiten aufgezeigt. Insgesamt hätten unsere Vorschläge den Haushalt sogar um eine Million entlastet. Das zeigt: Wenn man Prioritäten setzt, gibt es Spielräume.

LR: Beim Haushalt sollen ja zukünftig die Bürgerinnen und Bürger gefragt werden. Wie findet ihr das?

Hannelore: Grundsätzlich ist das ein richtiger Ansatz. Aktuell habe ich aber die Befürchtung, dass die Bürgerbeteiligung zum Haushalt 2011/2012 zur Alibi-Veranstaltung verkommt. Wenn man den Menschen nur noch die Chance gibt, darüber zu entscheiden, wo bei ihnen gekürzt werden soll, dann ist das keine richtige Beteiligung.

Michael: Als LINKE haben wir gezeigt, wie es geht: Unsere Vorschläge zum letzten Haushalt, die immerhin rund 30 Mio. Euro umfassen, haben wir gemeinsam mit interessierten Bürgerinnen und Bürgern sowie Initiativen im Rahmen eines öffentlichen Haushaltsforums entwickelt.

Frage: Die Bürgerinnen und Bürger sollen auch gefragt werden, wenn es um das Thema Festspielhaus geht. Was ist eure Meinung?

Repi: Einen schillernden Diamanten an das Rheinufer setzen, während gleichzeitig bei den bestehenden Kultureinrichtungen massiv gekürzt wird und der Bonn-Ausweis zur Disposition gestellt wird, der gerade Menschen mit wenig Geld den Zugang zu Kultur eröffnen soll? Ohne uns!

Michael: In Bonn kann man sich darauf verlassen: Die Linksfraktion macht sich auch in Zukunft für ein soziales und kulturelles Bonn stark. Gegen Kahlschlag leisten wir Widerstand mit alternativen Vorschlägen im Rat aber auch auf der Straße!

LR: Vielen Dank für das Gespräch.

Initiativen der Linksfraktion

› Bonn-Ausweis erhalten!

Schwarz-Grün will den Bonn-Ausweis durch ein Sozialticket ersetzen. Das hört sich nicht schlecht an, doch drohen hier Kürzungen durch die Hintertür. Wir meinen: Bonn-Ausweis erhalten!

› Smiley für Imbisse und Restaurants!

Jede_r soll sofort erkennen, ob in der Küche die Hygienevorschriften eingehalten werden. Das darf nicht unter das „Betriebsgeheimnis“ fallen!

› WCCB-Ausschuss!

DIE LINKE. hatte als erste beantragt, einen Sonderausschuss zum WCCB-Debakel einzurichten. Schwarz-grün zögerte ein halbes Jahr, erst dann brachten sie einen eigenen Antrag ein.

› Ermäßigte Tarife für die Bonner Bäder!

Bisher zahlen Studierende, Azubis und Rentner_innen einen zu hohen Preis.

› Soziale Vergabekriterien!

Öffentliche Aufträge sollen nur an Unternehmen vergeben werden, die faire Löhne bezahlen und gute Arbeitsbedingungen haben.

› Gegen ausbeuterische Löhne!

Dem Wunsch der städtischen Mitarbeiter_innen entsprechend soll die Reinigung der städtischen Gebäude wieder durch die Stadt betrieben werden. Bei der beauftragten Firma werden Dumpinglöhne gezahlt - eine häufige Folge des sog. „Outsourcing“. DIE LINKE. sagt: Schluss damit!

› Keine Spekulationen mit Steuergeldern!

DIE LINKE fordert: Die Stadt Bonn muss ihre öffentlichen Gelder sicher anlegen und muss auf spekulative Anlageformen verzichten. Kein Spielkasino mit Steuergeldern!

Die Linksfraktion stellt sich vor:

Hannelore Tölke
stellvertretende
Fraktionsvorsitzende



Kommunalpolitik ist das Rückgrat der Politik. Dort wo die Menschen leben, fängt Alles an und dort wird Politik umgesetzt.

Bisher war ich in sozialen Bewegungen aktiv, jetzt lerne ich die parlamentarische Seite der Politik kennen. Unsere Fraktion bringt viele Ideen der Linken in den Rat ein und fragt kritisch nach.

Ich bin außerdem im Rechnungsprüfungsausschuss. Dort ging es im letzten Jahr besonders um die Bewältigung des WCCB-Desasters. Außerdem bin ich im Bau- und Vergabeausschuss, der die Planung, die der Rat zur Erhaltung der Infrastruktur unserer Stadt beschlossen hat, umsetzt.

In meine Arbeit hier kann ich meine beruflichen Erfahrungen sehr gut einbringen, denn ich bin Betriebswirtin und arbeite als Einkäuferin bei einer Bonner Bank.

Kontakt:
hannelore.toelke@bonn.de

Nur der falsche Investor? Über die Ursachen des WCCB-Debakels

von Michael Faber, Fraktionsvorsitzender und Vertreter der LINKEN. im WCCB-Sonderausschuss

Kein Thema bewegt die Bonner Öffentlichkeit in den letzten Monaten mehr: Das WCCB ist in aller Munde. Tatsächlich kommt die Stadt das Debakel rund um das Kongresscenter teuer zu

stehen. Bereits jetzt belaufen sich die Kosten für hochbezahlte Rechts- und Wirtschaftsberater auf zig Millionen. Und die Kosten explodieren weiter, während insbesondere im Sozial- und Kulturbereich massiv gespart werden soll.

Für die Linksfraktion ist vor diesem Hintergrund klar: konsequente Aufarbeitung ist nötig! Ausgangspunkt muss die Grundsatzentscheidung des Rates zum WCCB sein. Im Jahr 2005 stimmten alle Fraktionen für das Millionenprojekt, das sich nun als Millionengrab entpuppt. Verwaltung und Ratsfraktionen bejubelten seinerzeit einmütig den schillernden Investor Kim. Kritische Fragen gab es keine. Lieber sonnte sich die politische Prominenz im Lichte des strahlenden Machers, der bald nicht einmal mehr die

Miete für seine kommunale Wohnung zahlen konnte. Die öffentliche Hand entmachtete sich in diesem wichtigen Stadtentwicklungsprojekt völlig freiwillig selbst. Diese blinde Investorengläubigkeit nach dem neoliberalen Motto „Privat vor Staat“ ist der Kardinalsfehler beim WCCB.

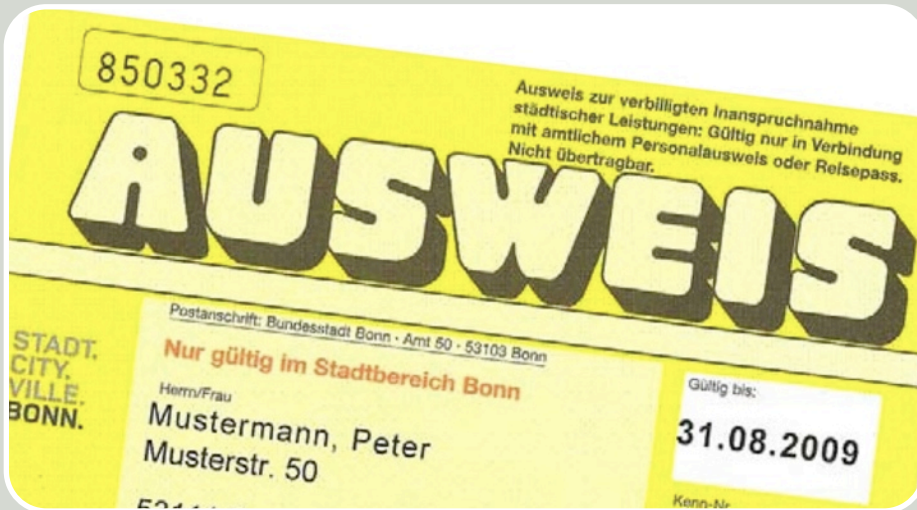
„Beim WCCB ist vor allem blinde Investorengläubigkeit gescheitert.“

Das hören die Ratspolitiker von CDU, SPD, FDP, BBB und Grünen in Bonn nicht gerne. Kein Wunder, nimmt es doch sie selbst in die Mitverantwortung für das Debakel.

Vor krimineller Energie sei man halt nicht gefeit, wird häufig geantwortet. Wer aber die Zügel aus der Hand gibt, trägt Mitverantwortung, wenn anschließend die Pferde durchgehen. Die Linksfraktion wird auch zukünftig den Finger in die Wunde legen und für grundsätzliche Konsequenzen aus dem WCCB-Skandal streiten. Das kann nur bedeuten: Schluss mit der Selbstentmachtung der öffentlichen Hand. Keine Blankoschecks mehr an private Investoren. Zentrale Projekte der Stadtentwicklung bedürften öffentlicher Verantwortung!



Installation von kurt von bley "glücksFALL für bonn" anlässlich der Ausstellung "Baustelle Bonn" im Künstlerforum Bonn vom 08.09.- 03.10.2010.
© kurt von bley. www.kurtvonbley.com



Rettet den Bonn-Ausweis! DIE LINKE. aktiv im Bonner Sozialausschuss

von **Josef-Michael Heveling-Fischell**,
Mitglied der Linksfraktion im Sozial-
ausschuss

Die LINKE wird nicht tatenlos zusehen, wenn auf der einen Seite die Verarmung stetig wächst und auf der anderen Seite der Reichtum rasant zunimmt. Wir sehen es als unsere Aufgabe mitzuhelfen, unterschieden gesellschaftlichen

Druck zu machen, um diese Umverteilung von unten nach oben zu stoppen.

Konkret ist unser Einsatz für die betroffenen Bürger_innen, wenn wir im Ausschuss für die volle Erhaltung

des Bonn-Ausweises streiten. Die schwarz-grüne Ratsmehrheit will den Bonn-Ausweis durch ein Sozialticket für Bus- und Bahn ersetzen. Aber sie verschweigen, zu welchen Konditionen das passiert. Bereits heute kostet ein ermäßigtes Monatsticket für die SWB mit rund 33€ deutlich mehr, als der Hartz-IV-Regelsatz für Mobilität überhaupt vorsieht (19,20 € pro Monat). Das bringt viele in Schwierigkeiten, die sich Mobilität im öffentlichen Nahverkehr nur noch über den Bonn-Ausweis leisten können. Wir wollen daher, dass der Bonn-Ausweis erhalten und ausgeweitet wird.

„Gegen eine
Umverteilung von
unten nach
oben!“

Ebenso wenden wir uns gegen Kürzungen bei den freien Trägern im Rahmen des schwarz-grünen Sparhaushalts. Beispielsweise steht das Internationale Frauenzentrum nun vor existenziellen Problemen. Auch kann es nicht sein, dass die Sanierungen von Schulen, die ohnehin schon überfällig sind, nochmals verschoben werden und unhaltbare bauliche Bedingungen im Schultag zur Normalität werden.

Wir setzen uns für sozialversicherungspflichtige Arbeit statt schlecht bezahlter Ein-Euro-Jobs und für eine gute Betreuung von Erwerbslosen statt der Einführung eines Optionsmodells ein. Es ist für uns aber klar: Grundsätzlich gehört Hartz IV abgeschafft. Es gewährt keine bedarfsgerechte Grundsicherung, arbeitet mit unwürdigen Sanktionsmaßnahmen und erlegt unserer Kommune eine immer stärkere Finanzlast auf.

Soziales steht für DIE LINKE im Mittelpunkt. Mit unseren Initiativen im Ausschuss für Soziales, Migration, Gesundheit und Wohnen machen wir uns dafür stark, dass Bonn eine solidarische Stadt bleibt!

Neues aus der BV Hardtberg

Das goldene Kalb privater Investor

Wer glaubt, die hiesige Verwaltung wäre seit dem Verkauf der LEG-Wohnungen an „Heuschrecken“ vorsichtig im Umgang mit Investoren geworden, wird eines Besseren belehrt. Die Stadtverwaltung tanzt fröhlich ums Goldene Kalb - zu Lasten Bonns.

Jüngstes Beispiel ist das Neubaugebiet „Am Bruch“, bei dem die VR-Bank federführend ist. Baumaterial muss über eine Zufahrtstrasse transportiert werden, wobei diese durch den LKW-Verkehr massiv beschädigt wird. Die vierstelligen Reparaturkosten wird die Stadt tragen. Man könne die Bank eben nicht haftbar machen, so die Verwaltung.

Ein weiterer Grund, einen 2. Bauabschnitt abzulehnen: Dann ginge das Spiel mit dem LKW-Verkehr von vorne los und Bonn müsste erneut für Straßenschäden haften. Deshalb fordert DIE LINKE. mehr öffentliche Verantwortung bei öffentlichen Projekten statt ideologischer Fixierung auf private Geldgeber.



von **Northfried Quickert-Menzel**,
Mitglied der Bezirksvertretung
Hardtberg für DIE LINKE.

Erwerbslosenquote in Bonn ist nur die halbe Wahrheit

von Jonas Bens, Mitglied für DIE LINKE.
im Ausschuss für Wirtschaft und Arbeitsförderung

Die von der Bundesagentur für Arbeit veröffentlichten Arbeitslosenzahlen werden schon seit Jahren schön gerechnet. Tatsächlich ist die Zahl der Menschen, die ihren Lebensunterhalt nur mit staatlichen Leistungen bestreiten können, etwa doppelt so hoch wie die „offizielle“ Arbeitslosenzahl.

DIE LINKE findet allerdings Transparenz wichtig. Nur wenn man die wahren Zahlen kennt und sich nicht selbst belügt, kann man wirklich etwas gegen die Ar-

mut in Bonn unternehmen. Deshalb veröffentlichen wir jeden Monat die tatsächliche Arbeitslosenzahl, die alle Menschen einschließt, die ihren Lebensunterhalt nur mit Hilfe von Leistungen der Arbeitsagentur bestreiten können.

Im Monat September beispielsweise wies die offizielle Statistik 10.608 Personen als arbeitslos aus, die tatsächliche Zahl ohne Rechenricks betrug aber 21.189 Männer und Frauen. Kurzum die die Arbeitslosenquote in Bonn ist mit 13,7 % fast doppelt so hoch wie die offizielle Quote von 6,9 %.

Die tatsächlichen Arbeitslosenzahlen für Bonn!

Wer die Berechnungsunterschiede im Detail interessieren, kann sich auf unserer Internetseite www.linksfraktion-bonn.de unter der Rubrik „Tatsächliche Arbeitslosenzahlen für Bonn“ informieren.



Bonn gemeinsam gestalten!

von Eberhard Luithlen, Mitglied im Ausschuss für Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger und Lokale Agenda für DIE LINKE.

Stärkung der kommunalen Demokratie nennt man in Bonn „Bürger_innenbeteiligung“. Dieser Begriff ist uns zu eng: nach unserer Auffassung geht es darum, den Bürgerinnen und Bürgern ein Recht

auf Mitgestaltung dieser Stadt einzuräumen. Dafür hat sich die LINKE, seit sie im Rat der Stadt Bonn in Fraktionsstärke vertreten ist, eingesetzt.

Tatsächliche Mitbestimmung der Bürgerinnen und Bürger ist in Bonn aber politisch nur schwer durchsetzbar. Die größten Bremser sind hier CDU und GRÜNE. Mit einem grotesken Eiertanz verhinderten sie eine umfassende Befragung zum Tag der Landtagswahl am 9.5.2010. CDU und Grüne wollten vor einer Vollbefragung erst einmal eine Umfrage starten, wozu die Menschen überhaupt befragt werden wollen. Umständlicher geht's nimmer...

Jetzt sollen die Bonnerinnen und Bonner zum Haushalt 2011/2012 befragt werden. Die Ratskoalition von CDU und Grünen und auch die Verwaltung wollen hier aber keine umfassend angelegte Beteiligung ermöglichen. Die Bürgerinnen und Bürger sollen nur mitentscheiden

dürfen, wo gespart werden soll. Für die Linksfraktion droht das Verfahren so zur Alibi-Veranstaltung für Kürzungen und Kahlschlag zu verkommen. Wir machen uns dafür stark, dass die Mitwirkungsmöglichkeit nicht einzig auf den Sparaspekt beschränkt bleibt.

„Bürger_innenbeteiligung“ muss richtig gedacht grundsätzlich zum Ziel haben, bei den Menschen

Lust auf Engagement und Einmischung in die öffentlichen Angelegenheiten zu wecken. Deshalb will DIE LINKE, dass sich alle Bonnerinnen und Bonner ab 14 Jahren im Rahmen einer Vollbefragung mit ihren Vorstellungen zur Zukunft Bonns beteiligen können. Dabei müssen auch gerade Menschen, die in sozialen Brennpunkten und oft auf der Schattenseite dieser Gesellschaft leben, ihre Stimme erheben können. Dafür wird sich die Linksfraktion weiter einsetzen. Denn die Zukunft Bonns geht uns alle an!

„...denn die Zukunft Bonns geht uns alle an.“

Schwarz-grün lehnt Bürgerfragestunde ab!

Nach dem Antrag der LINKEN, sollten die Bonner_innen vor jeder Ratssitzung die Möglichkeit haben, Rat und Verwaltung Fragen zu stellen. Das sorgt für Transparenz und demokratische Teilhabe. Im Wahlprogramm forderten die Grünen das auch noch. Doch in Koalitionszeiten stimmten sie jetzt mit der CDU und bezeichneten das Konzept in der Debatte als „von gestern“.



Kulturlos: Schwarz-grüne Kürzungspolitik

von Jürgen Repschläger, Mitglied im Rat der Stadt Bonn und für DIE LINKE. im Kulturausschuss

Seit Jahren leiden die Bonner Kulturschaffenden unter einem fehlenden kulturellen Gesamtkonzept. Das betrifft alle: Die etablierte Kultur, die freie Kulturszene, die Festivals, die Häuser und Spielstätten. Bedingt durch diese Konzeptlosigkeit kam es in der Vergangenheit immer wieder zu nicht nachvollziehbaren Entscheidungen. Warum wurde die Beethovenhalle so vernachlässigt? Wieso soll bei der Rheinkultur, dem größten „Umsonst und Draußen“-Festival in Deutschland, gekürzt werden? Und wie ist es zu erklären, dass den „Internationalen Stummfilmtagen“ der Wegfall der städtischen Förderung droht? Viele, vor allem freie Träger, sind dadurch aktuell in ihrer Existenz gefährdet. Die jüngste Streichliste von Anfang November bedroht nun Theater, Oper und Kammerspiele in ihren Grundfesten. Eine Bundesstadt, eine Konferenzstadt mit internationalem Anspruch ohne Theater, ohne Oper...? Das kann nicht der Sinn einer Haushaltskonsolidierung sein. Dieses kulturpolitische Harakiri würde der Stadt Bonn auf die Füße fallen. So nicht!

Allein aus diesen Gründen war es vollkommen richtig, das finanziell nicht zu kalkulierende Projekt „Beethoven-Festspielhaus“ zumindest vorläufig zu stoppen. Jetzt endlich, nach der kontrovers und konfrontativ geführten Festspielhausde-

batte, hat sich der Rat der Stadt Bonn entschlossen, eine Kulturkommission einzurichten und ein kulturelles Gesamtkonzept zu erstellen. DIE LINKE. begrüßt dieses Vorhaben und wird in

den Beratungen darauf achten, dass das Kulturkonzept nicht mit einem Tunnelblick erstellt wird. Denn Kultur muss auch immer als Querschnittsaufgabe mit den Bereichen Bildung und Soziales betrachtet werden und darf die Fragen der Stadtentwicklung nicht außer Acht lassen.

Wir wissen aber auch: Viele Einrichtungen, die jetzt in ihrer Existenz gefährdet sind, können nicht bis zur Fertigstellung eines auf Jahre angelegten Konzeptes warten. Sie brauchen Planungssicherheit. Deshalb hatte DIE LINKE. Anfang Oktober im Rat ein Kürzungsmoratorium vorgeschlagen, was aber leider an der schwarz-grünen Ratsmehrheit scheiterte.

DIE LINKE. hält das permanente Schielen auf das Sparschwein für ein unzureichendes Vorgehen. Dies betrifft nicht nur die Kulturpolitik. Es müssen dringend die Möglichkeiten von Mehreinnahmen geprüft werden. Auch hier hatte DIE LINKE. Vorschläge gemacht, wie die Einführung der Bettensteuer oder die Erhöhung der Gewerbesteuer. Bezeichnenderweise fanden auch diese Vorschläge keine Mehrheit. DIE LINKE steht dafür, das Geld da zu holen, wo es ist und weigert sich, bei denen zu kürzen, die sowieso schon zu wenig haben.

„Kultur kann man nicht planen. ihre Rahmenbedingungen schon!“

Rote schreiben schwarze Zahlen



Linksfraktion-Vorsitzender Michael Faber bei der Haushaltsrede

Alternativen zum Kahlschlag

Während der Haushaltsberatungen legte die Linksfraktion eine Änderungsliste vor. Danach sollte der städtische Haushalt um ca. 1 Million Euro entlastet werden.

Dies allerdings ohne soziale Grausamkeiten: Im Gegenteil sollen im Entwurf der LINKEN die Kürzungen für freie Träger im Sozialbereich zurückgenommen, der Vebowag zusätzlicher sozialer Wohnungsbau ermöglicht und Schulsanierungen in einem Volumen von weiteren 6 Mio. Euro durchgeführt werden. Die Linksfraktion schlug auch Steuer-senkungen vor: So sollte auf die drastische Erhöhung der Grundsteuer B, die insbesondere auf die Mieten durchschlagen würde, verzichtet werden. Auch die Erhebung einer Sportstättennutzungsgebühr lehnt die Linksfraktion ab.

Entgegengesetzt wurden Einsparungen unter anderem bei der Reduzierung von Haushaltsansätzen, die in den letzten Jahren nicht voll ausgeschöpft wurden. Außerdem schlug DIE LINKE. eine Erhöhung der Gewerbesteuer vor, um die Bonner Unternehmen im Rahmen der Krise in die Pflicht zu nehmen.

Linksfraktion aktiv...



...beim Hiroshima-Tag in Beuel

Am 6. August 2010 jährte sich der Abwurf der Atombombe über der japanischen Stadt Hiroshima zum 65. Mal.

Weil die Stadt Bonn 2009 auf Antrag der LINKEN, dem Friedensbündnis „mayors for peace“ beigetreten war, nahm auch erstmals ein offizieller Vertreter der Stadt Bonn, Bürgermeister

Horst Naaß, an der traditionellen Veranstaltung „Blumen für die Opfer von Hiroshima“ am Beueler Rheinufer teil, die alljährlich von Bonner Friedensgruppen ausgerichtet wird. Für die Linksfraktion sprach die stellvertretende Fraktionsvorsitzende Hannelore Tölke, selbst seit Jahren in der Friedensbewegung engagiert.

... bei der Aktion „Bonn picobello“

DIE LINKE nahm mit mehreren Bezirks-teams auch 2010 an der Aktion 'Bonn - picobello' teil. Dabei setzten die LINKEN aus Bonn einen besonderen Schwerpunkt:

Im Rahmen der Aktion wurden die Stolpersteine geputzt, die überall im Stadtbild an die Opfer des Nationalsozialis-

mus erinnern. Wir wollen so den Bonnerinnen und Bonnern, die dem nationalsozialistischen Terror zum Opfer fielen, ein ehrendes Andenken bewahren. Gleichzeitig sollte die Aktion vor einem Erstarken von rechtsextremen und fremdenfeindlichem Gedankengut warnen.



...beim 12. schwullesbischen Sommerfest

Auch DIE LINKE, beteiligte sich mit einem Stand am diesjährigen Schwullesbischen Sommerfest

Der sachkundige Bürger der LINKEN, Tobias Haßdenteufel stand bei einer Podiumsdiskussion für die Fraktion Rede und Antwort. Dort kritisierte er unter anderem die Streichung der

Haushaltsmittel für das Bonner Schwulen- und Lesbenzentrum. DIE LINKE, hatte sich in den Haushaltsberatungen gegen die Streichung der Mittel ausgesprochen, die Grünen stimmten aber mit der CDU gegen die Bewilligung der Mittel.

Impressum

Fraktion DIE LINKE. im Rat der Stadt Bonn

Rathausgasse 1-3, 53111 Bonn
Tel: 0228 - 77 - 40 81 / - 40 80
Fax: 0228 - 77 - 40 85
linksfraktion@bonn.de
www.linksfraktion-bonn.de

Redaktion und Layout: Jonas Bens
(V.i.S.d.P.)

Über Anregungen und Kritik freuen wir uns. Rufen Sie an oder schreiben Sie an jonas.bens@linksfraktion-bonn.de

Die verwendeten Bilder stehen im Eigentum der Linksfraktion Bonn oder sind, so nicht anders gekennzeichnet, der freien Bilddatenbank www.pixelio.de entnommen.

Abo gefällig?

Die LINKS-rheinische erscheint zwei mal jährlich. Gerne können Sie die Zeitung kostenlos abonnieren!

Einfach anrufen unter 0228- 77 - 40 81 oder eine E-Mail an linksfraktion@bonn.de